



Haushalts- und Finanzausschuss

86. Sitzung (nicht öffentlich)

10. Februar 2000

Düsseldorf - Haus des Landtags

11.00 Uhr bis 12.55 Uhr

Vorsitz: Volkmar Klein (CDU)

Stenograph: Franz-Josef Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 3. Quartal des Haushaltsjahres 1999

Antrag des Finanzministeriums
Vorlage 12/3143

Der Ausschuss **empfiehlt** ohne Diskussion dem Landtag einstimmig,
die mit der Vorlage beantragte **Genehmigung** zu erteilen.

Berichterstatter: Rolf Seel (CDU)

2 Gesetz zur Änderung des Landesreisekostengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksachen 12/4224, 12/4572 (Zwischenbericht)
Vorlagen 12/3032, 12/3084, 12/3099, 12/3167
Zuschriften 12/3505, 12/3669

1

Der Ausschuss berät den Gesetzentwurf abschließend. Er erörtert insbesondere die sich aus dem Erfahrungsbericht Vorlage 12/3167 ergebenden Konsequenzen. Dabei werden noch ergänzende Informationen vom Finanzministerium erbeten.

Der **Gesetzentwurf** der Fraktion der CDU **Drucksache 12/4224** wird sodann mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU **abgelehnt**.

Die **Empfehlung** des Unterausschusses "Personal", die Anregungen aus dem Erfahrungsbericht (s. *Beschlussempfehlung Drucksache 12/4695 S. 3*) unverzüglich umzusetzen, wird vom Ausschuss einstimmig **bestätigt**.

Berichterstatter: Erwin Siekmann (SPD)

3 Zweites Gesetz zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung in Nordrhein-Westfalen (Zweites Modernisierungsgesetz - 2. ModernG NRW)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 12/4320
Vorlage 12/3176
APr 12/1463, 12/1467, 12/1468 und 12/1469

6

Nach kurzer Diskussion **beschließt** der Ausschuss einvernehmlich, angesichts der im Gefolge der Anhörung noch erwarteten Änderungen **auf ein Votum zu verzichten** und die Entscheidung dem federführenden Ausschuss zu überlassen.

4 Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91 a GG;

hier: 28. Rahmenplan für die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"

Vorlage 12/3068 -

Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag ohne Diskussion einstimmig, die Vorlage **zur Kenntnis zu nehmen**, ohne Empfehlungen gegenüber der Landesregierung auszusprechen.

Berichterstatter: Rüdiger Sagel (GRÜNE)

5 Verordnung zur Ausführung des § 5 Schulfinanzgesetz (VO zu § 5 SchFG)

Vorlagen 12/3127 und 12/3142 -

Entsprechend der Empfehlung des Unterausschusses "Personal" **stimmt** der Ausschuss ohne Diskussion mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU dem Verordnungsentwurf **zu**.

6 Landesbürgschaften im 1. Halbjahr 1999

Vorlage 12/3125 -

Die Vorlage wird ohne Aussprache zur Kenntnis genommen.

7 Konzeption für ein Bürgerinformationszentrum der Landesregierung

Vorlage 12/3175

8

Der Ausschuss erörtert das vorgelegte Konzept. Die sich ergebenden Fragen werden von AL Nebe (StK) beantwortet.

8 **Verschiedenes**

14

3 **Zweites Gesetz zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung in Nordrhein-Westfalen (Zweites Modernisierungsgesetz - 2. ModernG NRW)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 12/4320

Vorlage 12/3176

APr 12/1463, 12/1467, 12/1468 und 12/1469

Vorsitzender Volkmar Klein verweist auf die Protokolle über die öffentliche Anhörung, die vom 12. bis 14. Januar 2000 stattgefunden habe, und die Auswertung der schriftlichen Stellungnahmen in Vorlage 12/3176.

Der Haushalts- und Finanzausschuss habe sich insbesondere mit den Artikeln zu befassen, die finanzielle Auswirkungen zur Folge hätten. Einer Auflistung über die Mindereinnahmen bzw. Mehrausgaben des Landes durch den Gesetzentwurf - aufgeschlüsselt nach Artikeln - sei vom Ausschusssekretariat erstellt und gestern an die Ausschussmitglieder übermittelt worden.

Da der federführende Ausschuss am 15. März entscheiden wolle, sei es erforderlich, heute ein Votum abzugeben.

Nach den Worten von **Winfried Schittges (CDU)** müsste die Opposition eigentlich froh darüber sein, dass die Landesregierung die Absicht habe, an diesem Gesetzentwurf festzuhalten. Die markanteste und wiederholt getroffene Aussage in der Anhörung sei gewesen, dass der Gesetzentwurf in den Papierkorb gehöre. Man werde den Eindruck nicht los, dass hier etwas durchgepeitscht werden solle, was in den Grundvoraussetzungen nicht durchdacht sei.

Vor allem habe er für die beim Straßenbau vorgesehenen Veränderungen kein Verständnis. Alle Expertenaussagen liefen darauf hinaus, das Problem in der herkömmlichen Art auf vernünftige Weise zu lösen, weil die Übertragung auf die - . Ebene keine Vorteile bringe, wenn man nur an die Nachversicherung der Mitarbeiter und den Ausgleich des Vermögens der Kommunen denke.

Er empfehle, heute nicht abzustimmen, weil der Gesetzentwurf inhaltlich nichts bringe und eigentlich auch nicht beratungsfähig sei. Vielleicht sei es ja vor der Entscheidung des federführenden Ausschusses möglich, die Inhalte der Anhörung in den Fraktionen noch einmal aufzugreifen.

Ernst-Martin Walsken (SPD) versteht nicht, wie Herr Schittges angesichts eines Diskussionsprozesses, der seit über einem Jahr stattfinde, von "Durchpeitschen" sprechen könne. Das, was bei der Anhörung herausgekommen sei, werde sicherlich Konsequenzen haben. Eine Konsequenz sei, dass die Landesregierung von sich aus die Agentur Ruhr als Landesagentur gegründet und damit zu erkennen gegeben habe, dass sie ihren eigenen Gesetzesvorschlag an dem Punkt nicht aufrechterhalten könne.

Im Ergebnis hielte auch er es nicht für gut, zu dem Gesetzentwurf heute einen konkreten Beschluss zu fassen, weil das, was für den federführenden Ausschuss auf der Tagesordnung stehen werde, noch nicht deutlich genug erkennbar sei. Der Haushalts- und Finanzausschuss sollte in der Tat auf ein Votum verzichten und die Entscheidung dem federführenden Ausschuss überlassen.

Er wüsste gerne noch, ob die in der Auflistung des Ausschussesekretariates aufgeführten Mindereinnahmen bzw. Mehrausgaben mit der Landesregierung besprochen worden seien. Denn er habe festgestellt, dass es sich bei den unter Artikel 33 - Agentur Ruhr - angegebenen 80 Millionen DM nicht um zusätzliche Ausgaben handele, sondern um Mittel, die bereits im Haushalt ausgewiesen seien und nur für diesen Zweck gebündelt würden.

Johannes Rimmel (GRÜNE) bezieht sich ebenfalls auf die Auflistung der Mehrausgaben und bezweifelt, dass die unter den Artikeln 3 bis 5 - Straßenbauverwaltung - genannte Zahl von 1,15 Milliarden DM zutreffe. Diesem Betrag müssten ja eigentlich die Einnahmen bzw. die heutigen Ausgaben des Landes gegenübergestellt werden, um eine Bewertung vornehmen zu können.

Im Ergebnis meine auch er, dass über den Gesetzentwurf heute nicht abgestimmt werden könne; auch in seiner Fraktion werde noch darüber nachgedacht und diskutiert.

Zu den Ausführungen von Herrn Schittges merkt der Redner an, es könne nicht sein, dass alles so bleibe wie bisher. Die Kommunen hätten bereits mit guten Ergebnissen gezeigt, wie wichtig es sei, eine Verwaltungsreform zu betreiben. Seine Fraktion begrüße, dass es in diesem Bereich Vorwärtsbewegungen gebe. Nachdem die ersten Schritte getan seien, müsse man weitergehen.

Vorsitzender Volkmar Klein weist darauf hin, dass es sich bei der Auflistung der Mindereinnahmen bzw. Mehrausgaben um eine zusammengefasste Wiedergabe der Zahlen handele, die im Gesetzentwurf der Landesregierung an den entsprechenden Stellen aufgeführt seien.

Was die 80 Millionen DM für die Agentur Ruhr angehe, stellt **MDgt Dr. Berg (FM)** klar, es sei völlig unstrittig, dass dieser Betrag im Rahmen bestehender Programme zur Verfügung gestellt werden solle und es sich dabei nicht um zusätzliche Mittel handele.

Franz-Josef Britz (CDU) entgegnet Herrn Rimmel, bei den in der Auflistung dargestellten Mehrausgaben für die Straßenbauverwaltung handele es sich exakt um die Zahlen, die auf den Seiten 5 ff. des Gesetzentwurfs dargestellt seien.

Vorsitzender Volkmar Klein stellt abschließend fest, dass der Gesetzentwurf von allen Fraktionen als noch nicht abstimmungsfähig angesehen werde, weil im Gefolge der Anhörung noch Änderungen erwartet würden. Dem Vorschlag, auf ein Votum zu verzichten und die

Entscheidung dem federführenden Ausschuss zu überlassen, stimmt der **Ausschuss** einvernehmlich zu.

**4 Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91a GG;
hier: 28. Rahmenplan für die Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"**

Vorlage 12/3068

Keine Wortmeldungen. (*Ergebnis siehe Beschlussteil*)

5 Verordnung zur Ausführung des § 5 Schulfinanzgesetz (VO zu § 5 SchFG)

Vorlagen 12/3127 und 12/3142

Keine Wortmeldungen. (*Ergebnis siehe Beschlussteil*)

6 Landesbürgschaften im 1. Halbjahr 1999

Vorlage 12/3125

Vorsitzender Volkmar Klein dankt für den Bericht, zu dem sich keine Wortmeldungen ergeben.

7 Konzeption für ein Bürgerinformationszentrum der Landesregierung

Vorlage 12/3175

Vorsitzender Volkmar Klein verweist auf die am Dienstag zugegangene Vorlage und gibt bekannt, dass der Chef der Staatskanzlei mit Schreiben vom 7. Februar mitgeteilt habe, dass er heute an der gleichzeitig stattfindenden Sitzung des Hauptausschusses teilnehmen müsse, und von Herrn Nebe vertreten werde.